

Beitrag des Präsidenten Markus Meckel

Zeitschrift "Frieden" Herbst 2014

Seit einiger Zeit trägt unsere Zeitschrift den schönen und programmatischen Titel "Frieden". Dies entspricht dem Motto, das seit langem über unserer Arbeit steht: "Arbeit für dem Frieden" Angesichts der Millionen Toten der beiden Weltkriege ist diese Mahnung zum Frieden eine Botschaft, die eindringlich und zwingend ist: lasst uns alles dafür tun, dass nicht wieder (junge) Menschen in die Lage kommen, es sich zum Handwerk und Normalen werden zu lassen, zu töten und getötet zu werden.

In diesem Jahr begehen wir nun nicht nur den 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkrieges und den 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten. Es ist auch der 25. Jahrestag der Umbrüche in Mitteleuropa, die den Kalten Krieg beendeten und den Einigungsprozess im bis dahin getrennten Europa entscheidend voran brachten.

Nachdem wir Deutschen im Zweiten Weltkrieg so viel Schrecken und Terror über ganz Europa brachten, wurde durch den Sieg von Freiheit und Demokratie in den friedlichen Revolutionen Mitteleuropas und in der DDR die Deutsche Einheit möglich. Wir leben nun umgeben von Nachbarn, die zu Partnern und Freunden geworden sind, mit denen wir dieselben Werte teilen, wie wir sie in unserem Grundgesetz und in der Grundwerte-Charta des Lissabonner Vertrages niedergeschrieben und kodifiziert haben.

Welch ein Glück, das uns zuteil geworden ist!

Wie vor 1989 bei unseren westlichen Partnern so konnten wir als Volksbund in den letzten 25 Jahren auch im Osten Europas den Opfern des Zweiten Weltkrieges zu Hunderttausenden ein Grab geben. Unzählige Familien und Angehörige haben Gewissheit über das Schicksal ihrer Kriegsoffer erhalten und einen Ort für ihre Trauer gefunden. Möglich wurde das aus einem Geist der Menschlichkeit, der Versöhnung und dem gemeinsamen Willen zum Frieden.

1990 verabschiedeten die Staaten Europas die Charta von Paris, in welcher es heißt: „ Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. (...) Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen der Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhende Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder.“ - Ein „Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ schien angebrochen. Doch es kam anders.

Wenig später mussten wir feststellen, dass mitten in Europa - im früheren Jugoslawien - Krieg und maßlose Gewalt Realität wurden. Wir Deutsche mussten in schwierigen Diskussionen lernen, dass auch wir Verantwortung tragen für den Schutz unschuldiger Menschen und dafür, dass – wenn alles andere versagt - letztlich auch militärische Gewalt eingesetzt werden muss.

Gleichzeitig bleibt richtig, dass Krieg und der Einsatz militärischer Gewalt immer schon ein Zeichen für das Versagen menschlichen und politischen Handelns ist.

Seit 15 Jahren hat der Deutsche Bundestag immer wieder auch militärische Einsätze der Bundeswehr beschlossen. Sie war und ist vielfach im Einsatz. Während deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg in ganz Europa als Aggressoren und Besatzer unterwegs waren, sind deutsche Soldaten heute gemeinsam mit den Verbündeten im Einsatz, um Menschen zu schützen, um Recht und der internationale Ordnung Geltung zu verschaffen und Räume für Entwicklungen zu Frieden und Stabilität zu eröffnen.

Diese Einsätze sind oft umstritten - und das ist auch verständlich, denn wir dürfen sie uns nicht zu einfach machen. Gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte müssen wir gewissenhaft nach ihrer ethischen und politischen Berechtigung fragen. Mit Recht müssen wir uns immer wieder fragen und fragen lassen, ob unser Engagement für den Frieden ausreichend und in sich stimmig ist. Zweifel sind hier durchaus angebracht. Wir wissen, dass mit militärischen Mitteln kein Frieden wird, sondern bestenfalls Rahmenbedingungen geschaffen werden können für politisches und ziviles Handeln zum Frieden. Betrachten wir aber die öffentliche Aufmerksamkeit und unsere Bereitschaft, für diese noch wichtigeren Dimensionen unseres Friedenshandelns die entsprechenden Ressourcen aufzubringen, so müssen wir leider freistellen, dass unsere zivilen Anstrengungen gegenüber den militärischen in hohem Masse unbefriedigend und unterfinanziert sind. Wir sind noch weit entfernt von einem angemessenen Friedenshandeln, das unserer internationalen Verantwortung entspricht.

In Deutschland gibt es einen breiten Konsens darüber, dass wir unsere Verantwortung für den Frieden gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten wahrnehmen - und nicht im nationalen Alleingang. Doch wird uns angesichts der gegenwärtigen Bedrohungen erst langsam bewusst, dass wir in Europa für unsere eigene Sicherheit mehr und mehr selbst aufkommen müssen. Bisher sind wir in Europa darauf noch sehr wenig vorbereitet. Allzu lange haben wir uns darauf verlassen, dass andere, insbesondere die USA, diese Aufgabe übernehmen.

Nicht nur in anderen Teilen der Welt, auch in unserer Nachbarschaft erleben wir heute wieder Krieg, in Syrien, im Irak und im Nahen Osten. Es sind jedoch meist nicht mehr Staaten, die sich bekämpfen, sondern gesellschaftliche Kräfte in zerfallenden Staaten, die von extremen Ideologien oder Überzeugungen getrieben sind. Hier wird das Eintreten für den Frieden immer komplizierter. Es ist schwer, Orientierung zu finden.

Seit Monaten ist nun aber auch in Europa wieder Krieg. Gegen alles internationale Recht hat sich Russland die Krim einverleibt und destabilisiert in einem unerklärten Krieg die Ukraine. Menschen sterben im Krieg, viele fliehen aus Angst vor Tod und Gewalt – und wir zögern, ihnen unsere Grenzen zu öffnen, Schutzräume zu gewähren. Wir in Deutschland, in der EU, schauen fassungslos auf diese Ereignisse und ringen um die Frage, was wir dazu beitragen können, damit Recht wieder hergestellt wird und die Waffen endlich schweigen. Ein klarer Weg zum Frieden ist nicht in Sicht.

Was heißt es für uns heute, für den Frieden zu arbeiten und für Versöhnung einzutreten?

Von zentraler Bedeutung ist, dass wir im Gespräch darüber den Werten verpflichtet bleiben, auf welche sich die internationale Gemeinschaft im Lernen aus den Kriegen des letzten Jahrhunderts verpflichtet hat:

- + Wir stehen ein für einen Frieden, der auf Recht beruht und die Würde jedes Menschen anerkennt. Wir stehen ein für die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren.
- + Wir sind der Wahrheit verpflichtet, auch wenn es die Anerkennung eigener Schuld und Verantwortung bedeutet.
- + Wir sind verlässliche Partner, die solidarisch sind und auch das Recht der anderen schützen.
- + Wir treten für Dialog und Entspannung ein und dafür, der Eskalation der Gewalt zu wehren.

Einfache Antworten stehen nicht zur Verfügung.

Es braucht Differenzierung, Sensibilität und nicht zuletzt auch Kenntnis der verschiedenen Erfahrungen, Traditionen und Denkweisen.

Wir als Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sehen uns gerade angesichts der Millionen Gräber früherer Kriege in der Pflicht, auch heute zu Frieden und Versöhnung beizutragen. Durch unsere Bildungs- und internationale Begegnungsarbeit wollen wir daran mitwirken, gegenseitiges Verständnis zu fördern, Konflikte friedlich zu lösen und die von uns vertretenen Werte gelebte und eingeübte Praxis werden zu lassen.

Diese Arbeit bleibt wichtig und ist heute vielleicht dringlicher denn je.